

KLIMA KOMPAKT



Studie zu potenziellen Instabilitäten durch Klimamigration

Ad-hoc-Reaktion unangebracht

Interview mit Margareta Wahlström

Politische Maßnahmen zum Schutz von klimabedingten Migranten zur Diskussion gestellt

Brot für die Welt fordert politische Reaktionen

Vorbereitung auf die Herausforderung Klimamigration

Optionen zum Schutz für „Klima-Flüchtlinge“ prüfen

Migration auf Grund von Klimawandel ist bereits Realität. Doch eine eindeutige Definition fehlt bislang, u. a. weil oft schwer gesagt werden kann, was der Auslöser ist: sozio-ökonomische Einflüsse oder Umweltveränderungen. Außerdem stellt sich die Frage, inwieweit eine Unterscheidung zwischen Wetter und Klimawandel als Ursachen für Migration praktikabel ist.

Fest steht dennoch, dass das potenziell steigende Ausmaß der „Klimamigration“ Vorbeugung erfordert: in Form von Linderung des Klimawandels durch ambitionierte Emissionsreduktion und durch effektive Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Zudem müssen politische Maßnahmen zeitnah vorbereitet werden, um von einer Ad-hoc-Reaktion auf unvermeidbare „Klimamigration“ – vor allem als Binnenmigration auftretende aber auch über Grenzen hinweggehende – zu einem völkerrechtlich verankerten Schutz zu kommen.

Die Beiträge in dieser KlimaKompakt-Ausgabe zeigen auf der einen Seite die Dringlichkeit, auf der anderen Seite den bisherigen Mangel an politischer Vorbereitung und deren (potenziellen) Folgen. Die UN-Klimapolitik, als ein relevanter Politikprozess, sollte hierzu Diskussionen mit anderen Organisationen anstoßen.

Die Suche nach Handlungsoptionen – gerade auch über die Klimapolitik hinaus – muss insbesondere eine Weiterentwicklung des Völkerrechts mit einschließen.

Sven Harmeling

Studie zu potenziellen Instabilitäten durch Klimamigration

Ad-hoc-Reaktion unangebracht

Der Wissenschaftler Robert McLeman hat für eine Studie der IOM (International Organization for Migration) seine Erwartungen zum kurzfristigen Management der Klimamigration zusammengefasst.

Germanwatch dokumentiert Auszüge aus der Studie 'Climate change, migration and critical international security considerations' (2011).

"Wenn sich nichts ändert, wird der Zusammenhang von steigenden Treibhausgasemissionen, Bevölkerungswachstum in stark betroffenen Regionen und dem Ausbleiben vom Aufbau von Anpassungsmaßnahmen unter den Verletzlichsten nahezu sicher zu umfassenden Bevölkerungswanderungen und Migration führen. Eine solche Migration wird wahrscheinlich innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte beginnen und vermutlich ähnliche Muster aufweisen wie vergangene klimabedingte Migrationen, bei denen sich die meisten Betroffenen innerhalb des eigenen Landes oder der geographischen Region bewegten.

In manchen Fällen könnten diese Ereignisse zur Destabilisierung von Regierungen führen und womöglich regionale Wirtschaftskraft unterminieren, was wiederum zusätzliche Migration auslösen kann. Eine kleine, aber bedeutsame Zahl an Menschen weltweit, wird bestehende grenzüberschreitende Gemeinschaften und Migrationsnetzwerke nutzen, um als Einwanderer – legal oder auf andere Art und Weise – in entwickelte Länder zu gelangen und müssen untergebracht sowie aufgenommen wer-

den (McLeman und Hunter, 2010).

Wie die internationale Gemeinschaft auf solche Ströme heimatloser Bevölkerungen reagieren wird, ist nicht eindeutig. Bestehende Abkommen und Instrumente sind nicht darauf ausgerichtet mit, durch den Klimawandel verursachten, Flüchtlingen umzugehen (Bates, 2002; McLeman, 2010).

[...] Zurzeit scheint es jedoch, als sei der gemeinsame Wille denjenigen zu helfen, die durch den Klimawandel vertrieben werden, ähnlich gering, wie die Bestrebungen zu bedeutsamer Reduktion von Treibhausgasemissionen. Die Unterstützung der Vertriebenen zur Umsiedlung wird wahrscheinlich ad hoc durchgeführt werden, beeinflusst durch regionale Machtbeziehungen und Eigeninteresse. Besonders, wenn solche Vertreibungen relativ schrittweise oder auf allmählich steigender Basis auftreten, ganz im Gegensatz zu unerwarteten Impulsen oder einer Explosion von katastrophaler Vertreibung, die die ansonsten selbstzufriedene internationale Gemeinschaft wachrütteln könnte."

(Übersetzung durch Germanwatch)

Quelle:

<http://publications.iom.int/bookstore/free/MRS42.pdf>

Interview mit Margareta Wahlström

Politische Maßnahmen zum Schutz von klimabedingten Migranten zur Diskussion gestellt

Eurasyllum führte im September 2011 ein Interview mit Margareta Wahlström (Special Representative of the Secretary-General for Disaster Risk Reduction) zu den neusten Beweisen der Klimamigrati-on.

Germanwatch dokumentiert Auszüge aus dem Interview.

"Die oberste Priorität ist es zu erkennen, dass Migration größtenteils ein positives Phänomen ist, das konjunkturelle Möglichkeiten schafft. Eine Reihe von Studien hat die positiven Auswirkungen von Migration auf die Wirtschaft identifiziert. Wenn diese anerkannt werden, dann ist es die wichtigste Aufgabe, die Sicherheit und das Gemeinwohl der Migranten zu gewährleisten und dass ihre Investitionen in den Gastländern oder ihre Rücküberweisungen in die Heimat keinem Risiko ausgesetzt sind oder von natürlichen Gefahren beeinträchtigt werden. Daher ist es erforderlich, dass Risikoinformationen öffentlich zugänglich sind, um den Migranten und ihren Familien das Treffen von geeigneten Entscheidungen zu ermöglichen – zum Beispiel, wo sie sich niederlassen und wo sie ihre Geschäfte eröffnen. Auf nationaler Ebene sollten politische Entscheidungen, die bezüglich Migranten getroffen werden, potenzielle Risiken natürlicher Gefahrenumstände vollständig berücksichtigen.

Eine weitere mittelfristige Maßnahme ist, mit Ländern und Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, die wegen der Klimaauswirkungen unter besonderem Druck

stehen. Hier können wir einen Beitrag zu einer Anpassung an nationale Entwicklungsstrategien und Investitionen leisten, die den Menschen in besonders betroffenen Gegenden Alternativen bereitstellen; ökonomische Möglichkeiten zu entwickeln und um derzeitige Quellen der Existenzgrundlagen zu verbessern. Diese dringende Angelegenheit ist in den aktuellen Entwicklungsmodellen noch nicht genügend berücksichtigt und eine Umorientierung wird teuer werden, sobald der Fokus verändert wird.

Wie Katastrophenrisikominimierung, sollten politische Migrationsrichtlinien sowohl zukunftsorientiert – eher wie eine vorausschauende Investition in die Zukunft – als eine reaktive Haltung in der Gegenwart und auf Einschätzungen von gegenwärtigen und zukünftigen Migrationsströmen beruhen. Wie gesagt, in vielen Fällen kann Migration ein positives Ergebnis sein, das die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaften erhöht. Zeitweise Migration und erhöhter Zugang zu Ressourcen und Nutzungsberechtigungen kann Gesellschaften helfen, ihre Existenzgrundlagen variabler aufzustellen, so dass sie weniger anfällig gegenüber Klimarisiken sind. Viele der aktuellen Strategien minimieren das Risiko nicht und schlecht durchdachte Dürren- und Überflutungshilfestrategien können gewissermaßen die Anfälligkeit für zukünftige Dürren und Fluten von Gesellschaften festschreiben. Diese Stra-

tegien müssen durch Risikominde-rungsmethoden ersetzt werden, die sich an die grundlegenden Anfälligkeitsursachen richten, die in Vertreibung und erzwungener Migration resultieren. Der Rio+20-Gipfel im Juni 2012 wird eine entscheidende Möglichkeit sein, um sicherzustellen, dass zukünftige strategische Entscheidungen, die die nachhaltige Entwicklung betreffen, sich auf eine sorgfältige Bemessung der Katastrophenauswirkungen beziehen: dem dargestellten Risiko durch die Gefahren und der vollständigen Einbeziehung von Katastrophenrisikominimierung, um bestehende und zukünftige Entwicklungserfolge zu bewahren."

(Übersetzung durch Germanwatch)

Quelle:
<http://www.unisdr.org/archive/21934>

Brot für die Welt fordert politische Reaktionen

Vorbereitung auf die Herausforderung Klimamigration

Eine im vergangenen Jahr von Brot für die Welt veröffentlichte Analyse unterstreicht im Fazit die Notwendigkeit politischer Reaktionen auf die Herausforderung der Klimamigration.

Germanwatch zitiert aus "'Klimaflüchtlinge' nach Kopenhagen. Rechtliches Konzept, politische Folgen, normative Überlegungen" (2010).

"Ungeachtet aller vagen Zahlen und Zeitprognosen ist davon auszugehen, dass diejenigen, die sich in erster Linie durch die Folgen der Erderwärmung zur Migration gezwungen sehen, arme Menschen sind, die wenig zu den Ursachen des anthropogenen Klimawandels beigetragen haben. Ihnen Lebensraum zu geben, sozusagen eine neue bewohnbare Umwelt, ist eine lokale und globale Herausforderung. Es ist auf lokaler Ebene eine offenkundige Herausforderung für Gemeinden, denen Klimaflüchtlinge zugewiesen werden – ob sie diese zu integrieren versuchen oder ob sie sich abschotten wollen. Wir haben es mit einer noch nie dagewesenen globalen Herausforderung zu tun, weil ihre Ursach-

chen globaler Natur sind, weil sie zwangsläufig weltweit zur Realität wird und weil sie politische Lösungen auf der Ebene internationaler Politik und globaler Ordnungspolitik erfordert.

Wenn der Klimawandel nicht wirksam abgemildert wird und die Erderwärmung über drei oder vier Grad Celsius im weltweiten Durchschnitt steigt, wird es selbst für hoch entwickelte Gesellschaften mehr als unangenehm. So sagt der Wissenschaftsautor Mark Lynas vorher, dass „überlegene Zivilisationen, wenn sie mit dem Zusammenbruch ihrer bewohnbaren Heimatländer konfrontiert sind, versuchen werden, ihre Bevölkerungen in subarktische Regionen umzusiedeln, um weitverbreitete Hungersnöte und interne Konflikte abzuwenden“ (Lynas 2007, 225). Die Dringlichkeit und das Ausmaß dieses Problems, so scheint es, sind noch nicht bei den maßgeblichen Entscheidungsträgern auf höchster politischer Ebene angekommen. Nach dem Scheitern von Kopenhagen werden die Staatschefs diese Thematik rasch in größeren internationa-

len Foren weiterverfolgen müssen, wie z.B. in der UN-Generalversammlung und dem G-20 Gipfel, um mehr politische Autorität und Schlagkraft einzusetzen.

[...] Klimawandel trifft uns nicht wie ein Meteor aus dem blauen Himmel. Wir wissen, dass der Meeresspiegel ansteigt, langsam aber sicher. Wir wissen, dass Stürme und Flutkatastrophen an Stärke zunehmen – auch in dichtbesiedelten Gegenden. Wir wissen, dass Migration schon immer eine Bewältigungsstrategie der Menschen war, und es gibt keinen Grund, warum eine organisierte Migration und vorausschauende Umsiedlungen die Möglichkeiten der Zivilisation übersteigen sollten. Aber, wir müssen uns auf den Weg machen – ganz wörtlich. Wie Perikles (493-429 vor Christus) im alten Griechenland schon voraussagte: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“

Quelle: http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/fachinformationen/analyse12_klimafluechtlinge.pdf

Redaktion

Rixa Schwarz, Sven Harmeling (V.i.S.d.P.), Christoph Bals,
Gerold Kier, Katrin Fillies

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Schiffbauerdamm 15 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG,
BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erstellt. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein Germanwatch verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Zuschussgeber angesehen werden.

